



Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 10. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter
Andreas Steppuhn
(SPD)

Anträge für Ausnahmen bei der Sonn- und Feiertagsruhe

Der Schutz von Sonn- und Feiertagen und damit verbundener Ausnahmegenehmigungen wird zunehmend öffentlich diskutiert. U. a. setzt sich eine Allianz, bestehend aus Gewerkschaften, Kirchen und anderen Verbänden für den Schutz von Sonn- und Feiertagen im Land ein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Ausnahmen bei der Sonn- und Feiertagsruhe wurden im Jahr 2016 bezogen auf einzelne Branchen gestellt und genehmigt bzw. abgelehnt?
2. In wie vielen Fällen erfolgte im Jahr 2016 im Einzelfall auf Branchen bezogen eine Anhörung von Gewerkschaften, Berufsverbänden, Arbeitgeberverbänden oder auch Kirchen?

2. Abgeordneter
Daniel Rausch
(AfD)

Ortsumfahrung B 180 Aschersleben – Quenstedt

Im November 2016 wurde durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig der geplante Trassenverlauf einer Baustraße im Zusammenhang mit der geplanten Ortsumfahrung zwischen Aschersleben und Quenstedt (Ortsumgehung Aschersleben B 180) gestoppt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was hat das Verkehrsministerium seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes unternommen, um die geplante Ortsumfahrung Aschersleben - Quenstedt zu realisieren?

2. Hat sich die Behörde im Planfeststellungsbeschluss nicht abwägend mit der alternativen Trassenführung auseinandergesetzt, obwohl es frühzeitig abzusehen war, dass der Landwirt klagen wird?

3. Abgeordneter
Hagen Kohl
(AfD)

Verwendung von Steuerbeamten im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Dienstposten im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, die originär der Laufbahn in der Steuerverwaltung zuzuordnen sind, waren mit Stand 1. Januar 2017 vakant?
2. Wie viele Bedienstete mit einer Ausbildung bzw. Studium der Laufbahn in der Steuerverwaltung wurden mit Stand 1. Januar 2017 im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt nicht auf einen in Frage 1 genannten Dienstposten in der Steuerverwaltung eingesetzt?

4. Abgeordnete
Doreen Hildebrandt
(DIE LINKE)

Landesverkehrssicherheitsprogramm

Der Verkehrssicherheitsbeirat des Landes hat seit 2015 ein Verkehrssicherheitsprogramm erarbeitet, dessen Entwurf schon länger existiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Landesverkehrssicherheitsprogramms?
2. Woran liegt es, dass dem Landtag dieses Programm nicht vorliegt?

5. Abgeordnete
Dr. Verena Späthe
(SPD)

Bundesprogramm „Alle im Betrieb“

Der Bund stellt seit 2016 mit dem Programm „Alle im Betrieb“ 150 Mio. Euro zur Verfügung, um zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Integrationsfirmen zu schaffen. Die Mittel sollen dazu dienen, Integrationsprojekte aufzubauen, zu erweitern, zu modernisieren und auszustatten. Ziel ist es, möglichst viele Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu etablieren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was unternimmt die Landesregierung, um dieses Bundesprogramm bekannt zu machen?
2. Wie hoch ist der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln?

6. Abgeordnete
Kristin Heiß
(DIE LINKE)

Finanzielle Unterstützung der Mifa-Bike GmbH

Laut Medienberichten scheiterte das Insolvenzverfahren der Mifa-Bike GmbH in Eigenregie und ein reguläres Insolvenzverfahren wurde eingeleitet. Die Mifa-Bike GmbH beschäftigt derzeit 520 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bereits im Jahr 2014 war das Unternehmen insolvent und wurde unter anderem durch die Unterstützung des Landes gerettet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche finanziellen Mittel in Form von Zuschüssen, Darlehen, Bürgschaften oder durch Beteiligungen wurden dem Unternehmen Mifa-Bike GmbH vom Land unter welchen Auflagen in den letzten fünf Jahren gewährt?
2. Welche finanziellen Mittel in Form von Zuschüssen, Darlehen, Bürgschaften oder durch Beteiligungen wurden der Nathusius Vermögensverwaltungs GmbH & Co. KG vom Land unter welchen Auflagen zur Rettung der Mifa-Bike GmbH gewährt?

7. Abgeordneter
Thomas Lippmann
(DIE LINKE)

Einstellung von Lehramtsabsolventen aus den Seminaren Halle und Magdeburg

Die Landesregierung hat mit Datum vom 8. Dezember 2016 für die Einstellung in den Schuldienst des Landes an allgemeinbildenden Schulen 165 Lehrerstellen ausgeschrieben, die zum 1. Februar 2017 besetzt werden sollten. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Verzicht auf die Weiterführung von befristeten Arbeitsverhältnissen von Lehrkräften für die Sprachförderung von Migranten wurde hierzu erklärt, damit insbesondere allen Absolventen der Lehrerseminare in Halle und Magdeburg, die im Dezember 2016 ihre Ausbildung erfolgreich beendet haben, eine Einstellung in den Schuldienst des Landes zu ermöglichen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Stellen konnten bis zum 1. Februar 2017 mit Absolventen der Lehrerseminare in Halle und Magdeburg vom Dezember 2016 besetzt werden und wie viele Bewerber aus dem Kreis dieser Absolventen wurden nicht eingestellt?
2. Wie viele der ausgeschriebenen Stellen wurden mit anderen Bewerbern besetzt und wie viele dieser Bewerber verfügen über eine abgeschlossene Lehrerausbildung (Lehramt oder Ausbildung nach dem Recht der ehemaligen DDR)?

8. Abgeordneter
Hendrik Lange
(DIE LINKE)

Genehmigung von Ganztagschulen durch das Land

In Halle arbeiten die neu gegründeten Schulen „Neue Integrierte Gesamtschule“ und „Neues städtisches Gymnasium“ mit einem Ganztagschulskonzept. Der Schulträger hat die Ganztagschulen bestätigt. Die Genehmigung seitens des Landes steht noch aus.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann werden die beiden genannten Schulen als Ganztagschule genehmigt?
2. Welche finanziellen Mittel und Lehrerwochenstunden stehen diesen Schulen im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2016/2017 und im Schuljahr 2017/2018 für die Realisierung des Ganztagschulskonzepts zur Verfügung?

9. Abgeordnete
Dorothea Frederking
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Schritte zur endgültigen Stilllegung der Bohrschlammdeponie Brüchau

Bei der Bohrschlammdeponie Brüchau (Ortsteil der Ortschaft Kakerbeck in der Einheitsgemeinde Kalbe/Milde) handelt es sich um eine Anlage zur Ablagerung bergbaulicher Abfälle im Sinne von § 22a der Allgemeinen Bundesbergverordnung. In diese Anlage wurden Bohrschlämme aus der Erdgasförderung Altmark und andere Sonderabfälle verbracht. Seit dem Jahr 2012 erfolgt keine Einlagerung mehr. Laut Landesregierung gibt es Kenntnisdefizite zum Schadstoffinventar und zur Dichtigkeit der Anlage (siehe u. a. Medienberichterstattung nach der Informationsveranstaltung in Kakerbeck am 22.09.2016). Bisher gibt es noch keine öffentliche Information über den Inhalt und Umfang der einzelnen Verfahrensschritte einschließlich Verantwortlichkeit und Zeitplan zur Erarbeitung des Stilllegungskonzeptes und der anschließenden Entscheidung über die endgültige Stilllegungsvariante.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Verfahrensschritte sind im oben genannten Sinne vorgesehen, um eine Entscheidung über die endgültige Stilllegungsvariante der Bohrschlammdeponie Brüchau zu treffen?